



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 30.04.2026

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung, Gesundheit und Pflege
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung, Gesundheit und Pflege
am Dienstag, 5. Mai 2026, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 26-S-00-0001
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 26-S-00-0002
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 26-S-00-0003
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. 26-S-00-0004
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

Gesundheit und Pflege

5. **Aktuelle Situation im Gesundheitsamt**
- Berichterstattung durch Dezernat IV -

6. **26-F-14-0006**

Kommunal unterstützte frauenärztlichen Akutsprechstunde in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Volt vom 29.04.2026 -

In mehreren deutschen Städten zeigt sich, dass frauenärztliche Akutsprechstunden oder spezialisierte gynäkologische Notfallangebote Versorgungslücken wirksam schließen können. Kommunen wie Mainz, Hamburg, Köln und Leipzig berichten über positive Erfahrungen mit niedrigschwelligen Akutangeboten für Frauen.

Laut Wiesbadener Kurier kommt es häufig zu Monaten langer Wartezeit auf Facharzttermine und zu einer Überlastung der Notaufnahmen, die immer wieder auch gynäkologische Akutfälle behandeln müssen:

Eine kommunal unterstützte frauenärztliche Akutsprechstunde könnte hier niedrigschwellig entlasten, vulnerable Gruppen besser erreichen und unnötige Notaufnahmebesuche reduzieren.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten

- 1) unter welchen organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Wiesbaden eine kommunal unterstützte frauenärztliche Akutsprechstunde eingerichtet werden kann, die kurzfristige Versorgung bei akuten gynäkologischen Beschwerden ermöglicht.
- 2) welche Kooperationspartner (z. B. Helios HSK, St. Josefs-Hospital, niedergelassene Gynäkolog:innen, Kassenärztliche Vereinigung Hessen) bereit wären, ein solches Angebot gemeinsam mit der Stadt zu entwickeln oder als Pilotprojekt zu begleiten.
- 3) wie groß der konkrete Bedarf in Wiesbaden ist, u. a. anhand von
 - a. Wartezeiten in gynäkologischen Praxen,
 - b. Fallzahlen in den Notaufnahmen der Wiesbadener Kliniken,
 - c. sowie Daten des Gesundheitsamts und der KV Hessen.
- 4) welche Standortoptionen, Öffnungszeiten und Finanzierungsmodelle für ein solches Angebot geeignet wären.
- 5) wie eine Akutsprechstunde überdies barrierefrei, mehrsprachig und für sozial benachteiligte Frauen zugänglich gestaltet werden kann.

Frauen und Gleichstellung

7. **26-F-60-0004**

Entwicklungen der Frauenhauskapazitäten
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 29.04.2026 -

Frauenhäuser sind für den Schutz von Frauen und Kindern in Gewaltsituationen von zentraler Bedeutung.

In einem Artikel des Wiesbadener Kuriers vom 10.02.2026 wurde berichtet, dass im Jahr 2024 in Wiesbaden 111 Frauen und 139 Kinder wegen fehlender Plätze in Frauenhäusern abgewiesen worden seien.

Es wird daher um Bericht gebeten, ob und in welchem Umfang diese Angaben zutreffen, sowie wie die aktuelle Kapazitäts- und Belegungssituation in Wiesbaden zu bewerten ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie stellt sich die aktuelle Belegungssituation in den Frauenhäusern in Wiesbaden dar?
2. Wie viele Frauen und Kinder mussten in den Jahren 2024 und 2025 sowie bisher aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen werden?
3. Wie hat sich die Situation der Frauenhäuser in Wiesbaden seit der letzten Berichterstattung im Ausschuss (Sommer 2025) entwickelt?
4. Welche Schlussfolgerungen zieht der Magistrat aus den aktuellen Entwicklungen für die weitere Bedarfsplanung?
5. Welche Möglichkeiten gibt es, bestehende Angebote kurz- bis mittelfristig zu erweitern oder durch ergänzende Maßnahmen zu entlasten, um den Schutz und die Unterstützung für Betroffene weiter zu verbessern?

8. 26-F-55-0005

Second Stage - Übergangswohnungen für gewaltbetroffene Frauen

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 28.04.2026 -

Das erfolgreiche "Second Stage"-Projekt in Koblenz hilft gewaltbetroffenen Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt durch Übergangswohnungen mit Beratung zurück ins selbstständige Leben. Frauen können dort zurück in den Alltag.

In Wiesbaden fehlt ein solches Modell, obwohl die Wohnungsnot Frauen den Ausstieg aus Gewalt erschwert. Zu wenige Plätze führen zu Rückfällen oder Obdachlosigkeit. Rheinland-Pfalz plant bis 2030 flächendeckende Angebote; in Hessen fehlt dies weitgehend. Wiesbaden muss voran gehen, um der Istanbul-Konvention zu entsprechen und Teilhabe zu sichern. Dies ist ein solidarischer Schritt gegen häusliche Gewalt.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt fest, dass ein "Second Stage"-Angebot für Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt fehlt und dringend benötigt wird.

Der Magistrat wird gebeten,

- 2) gemeinsam mit einem geeigneten Träger und/oder einer städtischen Wohnungsgesellschaft ein "Second Stage"-Modell umzusetzen: Mindestens fünf Übergangswohnungen mit ambulanter Betreuung sind bis Ende 2028 einzurichten.
- 3) die Frauenbeauftragte und den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzubinden und mindestens jährlich über Fortschritte zu informieren.
- 4) Kontakt mit der Regierung des Landes Hessen aufzunehmen und nachzufragen, welche Landeswohnungsgesellschaften in Wiesbaden Second Stage-Wohnungen zur Verfügung stellt.
- 5) die hierzu notwendigen Mittel für den Haushalt 2027 anzumelden.

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **14-F-33-0072** **DL 18/23-1, 20/22-1 , 30/21-1**

Kooperationsprojekt HaLT!

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat VII vom 17.02.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

2. **25-F-63-0034** **DL 08/26-2**

Pflege entlasten statt überlasten

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt vom 16.05.2025 -

3. **25-F-63-0092**

Frauen in Wohnungsnot helfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.11.2026 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat VI vom 13.04.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

4. **25-F-63-0100**

Pflegepraktika in Wiesbadener Krankenhäusern gewährleisten

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 02.12.2025 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat IV vom 29.01.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

5. **26-F-22-0008**

Sicherheitsrundgang zu Angsträumen in Kastel und Kostheim

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 21.01.2026 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat VI vom 15.04.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

Hinweis:

Hierzu berät der Magistrat voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.05.2026.

6. 26-F-22-0013

Orange Beleuchtung öffentlicher Gebäude zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 21.01.2026 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat II vom 09.03.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

7. 26-F-63-0018

Gedenken der Opfer von NS-Zwangssterilisationen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2026 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat IV vom 22.04.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

Hinweis:

Hierzu berät der Magistrat voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.05.2026.

8. 26-F-63-0019

Aktiv gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen -

Auswirkungen des Gewalthilfegesetzes auf die Situation der Frauenhäuser in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2026 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat VI vom 12.03.2026 steht im PiWI zur Verfügung.

9. 26-V-41-0011

DL 09/26-4

Frauenmuseum Wiesbaden; Grundsatzvorlage zur Fortführung der Einrichtung

10. 26-V-53-0001

DL 08/26-11

Bedarfsanalyse und Kostenaufstellung Pakt ÖGD 2027

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sofia Karipidou
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin